

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,60 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 4-gehr. Seite 0,80 Gulden, Rest der Seite 1,50 Gulden, in Deutschland 0,80 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tagesskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Setzungsbestellung und Druckmaschinen 3290.

Nr. 51 Freitag, den 29. Februar 1924 15. Jahrg.

Belagerungszustand und Reichstagsauflösung.

Der militärische Belagerungszustand aufgehoben. — Selbstausslösung des Reichstags?

Aus Berlin meldet W.F.: Der Reichspräsident hat eine Verordnung über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen erlassen. In dieser werden insbesondere die auf Grund früherer Verordnungen verfügten Beschränkungen der persönlichen Freiheit, der Pressefreiheit und des Vereinsrechts außer Kraft gesetzt. Zur Abwehr von Bestrebungen auf gleichwärtige Aenderung der verfassungsmäßigen Staatsform kann der Reichspräsident des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle der Zivilverwaltung die notwendigen Maßnahmen treffen. Die öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen oder Plätzen sind verboten. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes, bestimmte Reichsinnenminister Jarres, daß Bayern mit Rücksicht auf den dort bereits bestehenden weitgehenden Ausnahmezustand von der Anwendung der §§ 2-4 der genannten Verordnung ausgenommen wird. Ferner verbot er, militärisches Kampfgerät, insbesondere Militärmaschinen oder Munition dafür, anzubieten an Personen, die nicht zu deren Besitz berechtigt sind, zu überlassen, den Erwerb oder das Ueberlassen zu vermitteln.

Reichsinnenminister Jarres erklärte gestern im Reichsrat: Die sächsische Regierung habe der Reichsregierung gegenüber die Verantwortung dafür übernommen, daß sie mit der Landespolizei und der von den Militärbehörden abgestellten Gipspolizei Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werde. Die reifliche Aufhebung des Ausnahmezustandes im Reich sei nach Auffassung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung noch nicht möglich. Die Reichsregierung sei entschlossen, den sich auch heute noch geltend machenden bedrohlichen Bestrebungen, auf gesetzlichem Wege die Aenderung der verfassungsmäßigen Staatsform zu erzwingen, gleichviel ob sie von links oder rechts komme, rücksichtslos entgegenzutreten. Zur Abwehr dieser umstürzlerischen Tendenzen solle daher der Ausnahmezustand in nicht militärischer Form bestehen bleiben.

Gemeinsame Reichstags- und Präsidentschaftswahl?

Kuno als deutschnationaler Präsidentschaftskandidat.

Gestern Abend fand zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern eine Aussprache über die Frage der Auflösung des Reichstages statt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der Reichsminister des Innern, Dr. Jarres, erklärte nach der Besprechung einem Mitarbeiter des „Tagel.“, daß die Frage der Auflösung des Reichstages von der weiteren Haltung der Parteien zur Frage der Spezialdebatte über die Notverordnung abhängen werde. Der von der Deutschen Volkspartei beschlossene Initiativantrag, wonach der Reichstag am 3. Mai aufgelöst werden und die Wahl für den neuen Reichstag am 4. Mai stattfinden solle, ist übrigens noch nicht eingebracht worden. Die deutschnationalen beabsichtigen dem „Lokalanzeiger“ zufolge zu beantragen, daß der Reichstag am 5. April aufgelöst werde und die Neuwahlen am 6. April stattfinden.

Die Deutschnationalen erscheinen z. Bt. nichts mehr als ein schnelles Ende des Reichstages. Sie opponieren deshalb auch nicht nur gegen den in Aussicht gestellten Antrag der Volkspartei, sondern versuchen mit allen Mitteln, ihre Wünsche durchzusetzen. Von ihren „Erfolgen“ in Mecklenburg schrieben sie auf die Stimmzettel in ganz Deutschland, ungeachtet dessen, daß die mecklenburgischen Wähler eine Schlussfolgerung über den Ausgang von Neuwahlen im Reich aus den verschiedenen Gründen gar nicht zulassen. Auch sonst gehen sie jetzt wieder auf das Ganze. Mit den Reichstagswahlen soll die Neuwahl des Reichspräsidenten verbunden werden. Selbstverständlich haben sie sich inzwischen auch nach einem Kandidaten für dieses Amt umgesehen. Nahe scheint ihnen nicht mehr sympathisch, nachdem er ihre Erwartungen auf eine schnelle Wiedergeburt der Monarchie mit „Feuer und Schwert“ aus dem Nichts erfüllt hat und er ihnen infolge seiner Entlassung im „Völkerverständnis“ Presch alles andere als aufrichtig erweist. Dafür aber haben sie einen anderen Mann, der an ihrem geistigen Glanz ebenso viel Schuld trägt wie der bayerische Stacheldrahtkommissar von gestern: Herr Kuno, Reichskanzler a. D.

Der Sozialdemokratie könnte es nur recht sein, wenn das Völkerverständnis diesen Bankrott-Politiker als Reichspräsidenten aufstellen würde. Den Mann, der das ganze Glanz der vorläufigen Inflation verschuldet hat und der für seine skandalöse Führung des Ruhrkampfes eigentlich vor den Staatsgerichtshof gehört hätte.

Sinnschwand der Wahl in der Pfalz.

Nach einer Meldung aus Ludwigshafen werden die Wahlen zum bayerischen Landtag in der Pfalz an dem für das rechtsrheinische Bayern festgesetzten Termin, am 6. April nicht stattfinden können, weil bisher wegen der Verhältnisse in der Pfalz keinerlei Wahlvorbereitungen möglich waren. Die bayerische Regierung ist durch die Reichsregierung bei der Rheinlandkommission vorstellig geworden, die Landtagswahlen in der Pfalz zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden zu lassen.

Konservative Angriffe gegen Henderson.

Im englischen Unterhaus gab es in den letzten Tagen heftige Angriffe der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterregierung wegen der Wahlreise, die der Innenminister Henderson kürzlich in seinem Wahlkreis gehalten hatte, und in der er eine Revision des Versailles-Vertrages gefordert hatte. Der frühere Unterhaussekretär und konservative Abgeordnete Max Neil verlangte vom Premierminister zu wissen, ob Hendersons Rede die Regierungspolitik darstelle,

denn was Henderson über eine Revision des Friedensvertrages gesagt habe, stehe in auffälliger Uebereinstimmung mit den Resolutionen, die auf dem letzten Kongreß der zweiten Internationale in Hamburg über diese Frage gefaßt worden seien. Die konservative Partei und er, Max Neil, seien keineswegs der Ansicht, daß jeder Artikel und jedes Komma des Friedensvertrages sacrosanct sei und er sei gleichfalls der Ansicht, daß es möglich sei, durch Abkommen zwischen England und einzelnen Staaten die allgemeine politische Lage zu bessern. Aber wenn dies der Fall sei, so müsse das geschehen, ohne den Vertrag allgemein zu revidieren und ohne jedem der 33 Unterzeichner des Vertrages Gelegenheit zu geben, eine allgemeine Revision des Vertragstextes zu beantragen und eine Revision der Vertragsbestimmungen ausschließlich für ihre eigenen Interessen zu fordern. Max Neil forderte zum Schluß den Rücktritt Hendersons.

Auf diesen Angriff antwortete Ministerpräsident MacDonald in einem außerordentlich erregten Tone. Die Ansprache sei von der konservativen Partei nur dazu herbeigeführt worden, um in der Nachwahl, in der Henderson gegen einen Unionisten um einen Sitz im Unterhaus kämpft, die für Donnerstag bevorstehende Abstimmung zu beeinflussen. Er habe ein Telegramm aus diesem Wahlkreis erhalten, in dem es heißt, daß der Vorstoß nur ein Manöver sei, um die Konservativen und Liberalen für den konservativen Kandidaten zu gewinnen und daß die konservative Partei bereits zahlreiche Männer entandt habe, die Plakate mit der Aufschrift herumtrügen: „Der Premierminister verleugnet Henderson.“ Es sei bedauerlich, daß um eines parteipolitischen Erfolges willen die Außenpolitik zum Gegenstand innerparteilicher Manöver gemacht werde, und zwar in einem Augenblick, in dem außerordentlich schwierige Verhandlungen geführt werden müßten. Ramsay MacDonald erklärte dann, daß Henderson, den er nicht preisgeben werde und den er auch nicht aufgeben werde, zu demissionieren, wie die Konservativen es wünschen, zweifellos einen schweren Fehler begangen habe, als er diese Rede hielt, ohne sich bei ihrer Abfassung jene Reserve auszusprechen, die er sich als Minister hätte auslegen müssen.

Nachdem noch eine Anzahl Mitglieder der konservativen und liberalen Partei an Hendersons Rede Kritik übten, gab MacDonald die Erklärung ab, daß seine Partei durch die Ausführungen des Ministerpräsidenten vollständig befriedigt sei und beschloß, den Vertagungsantrag zurückzuziehen.

Sozialistische Regierung in Belgien?

Vandervelde voranschichtlicher Ministerpräsident.

Der Rücktritt des Kabinetts Theunis wird von der französischen Presse besonders deswegen bedauert, weil er in dem Augenblick erfolgt, in dem die Sachverhältnisse im Bezug auf Belgien, ihre Verichte auszuarbeiten. „Matin“ jedoch meint, daß die Vorgänge in Brüssel die Stellung Frank-

reichs in Europa nicht beeinträchtigen würden, da im Augenblick die Beziehungen zwischen Frankreich und England herabgelassen seien. Das Blatt äußert sich über die Krise selbst wie folgt: Was die belgischen Sozialisten anbelange, so sei ihre Haltung klar. Durch den Mund ihres Führers Vandervelde hätten sie von Anfang an gegen die Beschung des Ruhrgebietes Einspruch erhoben. Sie wollten vom Standpunkt der internationalen Beziehungen die Rückkehr Belgiens zu seiner alten neutralen Stellung im Rahmen eines bewußt aufrechterhaltenden Gleichgewichts zwischen den drei benachbarten Großmächten Frankreich, England und Deutschland und behaupten, daß die Politik der Allianz mit Frankreich, für die das umstrittene Wirtschaftsabkommen gewissermaßen ein Symbol darstelle, Belgien eine für seine Leistungsunfähigkeit zu schwere Last auferlege. Da Vandervelde der Führer der stärksten Oppositionspartei sei, müßte er nach den parlamentarischen Regeln zur Bildung des Kabinetts berufen werden. Er werde es jedoch voraussichtlich vorziehen, für Neuwahlen an das Land zu appellieren, in denen er auf Grund einer Wahlkampagne gegen die Fortsetzung einer Mehrheit zu finden gedenkt.

In der linksdemokratischen Pariser Presse, so im „Devoir“ und in der „Ere Nouvelle“, wird besonders hervorgehoben, daß der Sturz des Kabinetts Theunis als Desavouierung der Politik Poincarés angesehen werden müsse. Der sozialistische „Populaire“ setzt sich grundsätzlich mit der Politik der belgischen Bourgeoisie und des französischen Nationalen Blocks auseinander. Er schreibt u. a.:

Die belgische Sozialdemokratie, die der wahre Totengräber des Kabinetts sei, verlange die Auflösung der Kammer und Neuwahlen. Die belgische Bourgeoisie werde diese Lösung schwer umgehen können, die als einzige Möglichkeit schaffe, die Dunkelheit der gegenwärtigen Lage vollkommen zu beseitigen. Abgeordnete des Nationalen Blocks hatten weder ihre Sorge noch ihre Verwirrung verhehlt. Sie wüßten in der Tat, daß die Sozialisten und Vlamingen, die Theunis gekürzt hätten, nicht allein gegen die Ruhrbesetzung und besonders gegen die Art seien, wie das Kabinett sich von Poincarés nach der Einstellung des deutschen passiven Widerstandes ins Schlepptau habe nehmen lassen.

In Belgien selbst gibt sich die Regierungspresse alle Mühe, den Eindruck des Kabinettssturzes zu mildern, indem sie erklärt, daß das Misstrauensvotum sich lediglich gegen das geplante Wirtschaftsabkommen mit Frankreich gerichtet habe. Ueber die Neubildung des Kabinetts liegen vorläufig noch keine präzisen Nachrichten vor. Nachdem Theunis dem König die Demission des Kabinetts mitteilte, wurde er vom König gebeten, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Theunis lehnte ab und hat den König, die Krise so rasch als möglich zu lösen, da er unter den gegenwärtigen Umständen die Haltung des Innenpolitik nicht länger verantworten könne. Entsprechend der neuen Mehrheit der Kammer solle Vandervelde die Bildung der neuen Regierung übernehmen.

Ob es tatsächlich zur Bildung eines sozialistischen Kabinetts kommt, ist recht zweifelhaft. Die meisten Brüsseler Meldungen stimmen darin überein, daß wahrscheinlich der Führer der Vlamingen, van Cauwelaert, dessen Partei ebenfalls gegen die Regierung gestimmt hat, die Regierung übernehmen werde.

Die Beschlüsse der Internationale.

In Luxemburg war kürzlich die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale versammelt. Anwesend waren für die englische Arbeiterpartei Clifford Allen, Cramp, Wallhead und die Genossin Bell, für die deutsche Sozialdemokratie Adolf Braun und Crispin, für die französische sozialistische Partei Brade und Fonauet, für Belgien Vandervelde und De Broedère, für Österreich Otto Bauer, für die russische Revolutionäre Sukhomlin und Stalinski, für die schwedische Sozialdemokratie Branting und Möller, für die dänische Stanning und Andersen, für die polnische Sozialistische Partei Dr. Diamant, für die tschechische Sozialdemokratie Remeck und Dr. Weissner, für die deutsche Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei Dr. Czech, für Ungarn Feidl, für Holland Sibant, für Rumänien Pitiner, für Georgien Tsereteli, für Armenien Parandian, für die lettische Sozialdemokratie Seelen, für die Unabhängigen der Tschechoslowakei Partushek.

In einer langen, sehr lebhaften, von Vandervelde (Belgien) eingeleiteten Debatte sprach die Exekutive über die europäische Lage.

Seit der Beendigung des Krieges, durch alle Phasen der bald fünfjährigen Reparationskriege hindurch hat die Internationale immer wieder erklärt, daß das Reparationsproblem nicht durch Gewalt, sondern nur durch Verständigung gelöst werden kann. Nunmehr konnten die französischen und belgischen Delegierten berichten, daß sich jetzt endlich auch in der französischen und in der belgischen Bourgeoisie, die ihre Hoffnungen bisher auf die Methode der Gewalt, auf die Ultimaten, auf die Drohungen, schließlich auf die Befehle der Ruhr gesetzt hatte, die Ueberzeugung durchdringt, daß es mit der Gewalt nicht mehr geht, daß nur friedliche Verständigung zur Lösung der Reparationsfrage führen kann. Seit dem tiefen Sturz des französischen Frankreich und seit dem Austritt der britischen Arbeiterregierung ist auch in Frankreich die allgemeine Stimmung gründlich anders geworden. Aber so erfreulich das auch ist, so mahnt doch alles, was bisher über die Ergebnisse der Sachverständigenberatungen in Berlin, die die Verständigung zwischen den Mächten vorbereiten sollen, bekannt geworden ist, zu höchster Vorsicht. Es besteht die ernste Gefahr, daß die kapitalistischen Regierungen, wenn sie sich über die Lösung des Reparationsproblems einig sind, diese Einigung auf Kosten der Arbeiterklasse suchen. Dieser neuen Gefahr gegenüber hat die Exekutive die Richtlinien ihrer Politik in einer Resolution zusammengefaßt, die von Branting (Schweden) beantragt, durch Feidl (Ungarn) und Seelen (Tschechien) und Seelen (Lettland) ergänzt und schließlich einstimmig angenommen wurde:

Die Resolution sagt: Die Internationale hat seit jeher die moralischen Kräfte der Menschheit als die Grundlage jeder neuen Gesellschaftsordnung angesehen, die die Arbeiterklasse schaffen will. Sie begrüßt aus ganzem Herzen den Erfolg der Bemühungen der englischen Genossen, die der internationalen Politik eine neue Wendung geben wollen.

Stets haben wir die vollständige Rublosität und die Gefahren einer Politik der Gewalt und des Zwanges aufgezeigt. Es ist eine Schmach für die Menschheit, daß fünf Jahre nach dem formellen Friedensschluß die Bevölkerung weiterer Gebiete unter der Willkürherrschaft des Militarismus der Sieger verbleibt, und wir erheben lauter als je die von der Internationale so oft gestellte Forderung nach der Räumung der besetzten Gebiete.

Indem die Exekutive konstatiert und es als Fortschritt anerkennt, daß seit dem Siege der britischen Arbeiterpartei die kapitalistischen Regierungen selbst angewandten sind, eine friedliche ökonomische Lösung des Reparationsproblems zu suchen, macht sie doch nachdrücklich darauf aufmerksam, daß auch eine friedliche ökonomische Lösung des Reparationsproblems, wie die kapitalistischen Regierungen sie nunmehr suchen, zu einer ernsten Gefahr für das internationale Proletariat werden kann. Wenn nämlich die Lösung der deutschen Arbeiterklasse Kosten auferlegte, die nur getragen werden könnten bei Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland, auf mehr als acht Stunden und bei empfindlicher Senkung des Reallohnes der deutschen Arbeiter, dann würde der Mechanismus der kapitalistischen Konkurrenz auch auf die anderen Länder einen Druck zur Verlängerung der Arbeitszeit und zur Senkung der Löhne üben. Die Reparationen würden auf diese Weise faktisch bezahlt werden nicht von den für den Krieg verantwortlichen und an den Kriegskosten bereicherten kapitalistischen Klassen Deutschlands, sondern von den Arbeitern aller Länder.

Wir bestehen daher auf der Forderung, daß in der schwersten Frage der Reparationen, die augenblicklich in der ganzen Welt obenan steht, nicht bloß den rein ökonomischen und finanziellen, sondern auch den sozialen Erwägungen Rechnung getragen werde. Wir bestehen nicht minder auf der absoluten Notwendigkeit, endlich mit dem veralteten Methoden zu brechen und an ihre Stelle jene Politik der Rücksichtigkeit und des Vertrauens zu setzen, die stets die internationalen Beziehungen der Arbeiterparteien untereinander geleitet hat. Durch guten Willen, dadurch, daß der noch unzulängliche Völkerverständnis umfassender und demokratischer gestaltet wird, muß es sicher möglich sein, diesem Gefühl der Sicherheit nahezukommen.

das die notwendige Vorbedingung ist, um den Rüstungen Einhalt zu gebieten und zur allgemeinen Abrüstung und dem obligatorischen Schließungsvertrag zwischen den Staaten zu gelangen.

Die folgende Resolution, von Otto Bauer beantragt, wurde gleichfalls einstimmig angenommen:

In Erwägung, daß die Durchführung des Rüstungsbudgets in Deutschland, eine der verhängnisvollsten Folgen des Ruhrkonflikts, das Unternehmertum in vielen Ländern zu heftigen Angriffen auf den Achtundzestag ermuntert hat; daß jede Einschränkung der Geltung des Achtundzestages in einem Lande sofort in vielen anderen Ländern heftige Angriffe der Kapitalistenklasse gegen den Achtundzestag zur Folge hat; ferner die Exekutive die Arbeiter aller Länder auf, sich allen Angriffen der Unternehmerricht gegen den Achtundzestag mit allen Kräften zu widersetzen; bezieht sie die Initiative der britischen Arbeiterregierung, die allgemeine Ratifizierung der Konvention von Washington über den Achtundzestag durchzuführen, fordert sie alle der Sozialistischen Arbeiterinternationale angeschlossenen Parteien auf, die Bemühungen der britischen Arbeiterregierung dadurch zu unterstützen, daß sie, jede in ihrem Lande, die Ratifizierung der Konvention von Washington durchzuführen sich bemühen, und beauftragt sie das Bureau, im Einvernehmen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund, im geeigneten Zeitpunkt eine internationale Massenaktion für die Ratifizierung der Konvention von Washington zu organisieren.

Die Exekutive beschloß ferner, nach einem Referat Friedrich Adlers, anlässlich der nächsten Wiederkehr des Tages der Kriegserklärung eine internationale Kundgebung gegen den Krieg zu veranstalten und sich über die Organisation dieser Kundgebung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und Einvernehmen zu setzen. Sodann wendete sich die Exekutive der

Vertrauen der russischen Probleme

zu, die mit einem Referat Abramowitsch eingeleitet wurde. Die Resolution lautet:

„Ander die Exekutive, in vollständiger Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Hamburger Kongresses, die Bemühungen der sozialistischen Arbeiterparteien der einzelnen Länder für die Anerkennung der Sowjetregierung unterstützen und die angeschlossenen Parteien anfordern, überall dort, wo die Bourgeoisie die Anerkennung der Sowjetregierung zu verhindern sucht, ihre Aufregungen die Anerkennung Sowjetrußlands zu verhindern, wobei besonders Beachtung rüch ist, damit die kapitalistischen Regierungen dem russischen Volke nicht Bedingungen auferlegen, die wirtschaftlicher Ruin für sie bedeuten, erachtet es die Exekutive in um so höherem Maße für die Pflicht der sozialistischen Arbeiterparteien, in allen Ländern, die Sozialisten Rußlands in ihrem Kampfe gegen das System der politischen Unterdrückung zu unterstützen.“

Die Exekutive sendet ihre Grüße den in den Gefängnissen Rußlands schmachtenden Genossen, die trotz der unerhörten Verfolgungen ihrer sozialistischen Heberausungen treu geblieben sind, und betrachtet es als die Pflicht der Internationalen angeschlossenen Parteien, eine energische Aktion für die Freisetzung der Genossen für alle politischen Gefangenen in Rußland und für die Einstellung der Verfolgungen aller nichtkommunistischen Arbeiter- und Bauernorganisationen einzuleiten.“

Neben dieser Resolution wurde auch ein Antrag Grimmer (Deutschland) angenommen, der zur materiellen Hilfeleistung für die in den russischen Gefängnissen eingekerkerten Sozialisten auffordert.

Die Exekutive beschloß ferner, sich lebhaft mit den besonderen politischen Problemen anderer Länder. Die Exekutive wolle auch einen Bericht über die Verhältnisse in Palästina und bezieht die Genossen Dr. Adler und Sereseli zu einer für den 11. März in London in Aussicht genommenen Konferenz der sozialistischen Parteien der Balkanländer zu delegieren, um höhere Erhebungen über die Politik der bulgarischen Sozialdemokratie zu machen. Die Exekutive bezieht die zur Prüfung der Parteiverhältnisse in der Libanon-Liga eingeleiteten Kommissionen und beschloß, die weitere Einmündung der Parteiverhältnisse in der Libanon-Liga nachzuverfolgen.

Die Exekutive bezieht sich aber nicht nur mit den anderen politischen Problemen, sondern auch mit wichtiger organisatorischen Fragen zu beschäftigen. Sie beschloß ihren bisherigen Sekretär Tom Shaw, der in die englische Regierung eingetreten ist, zu beurlauben und während seiner Beurlaubung die Führung der Sekretariatsarbeiten Friedrich Adler allein zu übernehmen. Da nach dem Staats-

ten der Internationale Regierungsmittglieder während der Dauer ihrer Ministerkassette nicht der Exekutive und sinngemäß auch nicht der Geschäftskommission der Internationale angehören können, muß in Anbetracht des Eintritts in die englische Regierung fünf Neuwahlen vorgenommen werden. Die englischen Genossen hatten an Stelle der ausgeschiedenen Exekutivmitglieder Henderson, MacDonald, Thomas, die Genossen Cramp, Cameron und Allen in die Exekutive gewählt. Als Kassierer wurde an Stelle des zum englischen Erziehungsmittler ernannten Genossen Goslinga der Genosse Wallhead gewählt. Außer diesen vier Genossen gehören der Geschäftskommission in Zukunft Genossen Bell und die Genossen Brailford und C. R. Burton an. Von einzelnen Parteien des Kontinents war die Frage der Verlegung des Sitzes des Sekretariats auf den Kontinent aufgeworfen. Die Exekutive beschloß, diese Frage in ihrer nächsten Sitzung zu entscheiden.

Aus dem Bericht über die organisatorische Lage der Internationale, den der Sekretär Adler erstattete, geht hervor, daß gegenwärtig der Internationale sechsundvierzig Parteien angeschlossenen sind (neunundsechzig hatten sich drei Parteien, unter ihnen die sozialistische Partei Argentiniens), die eine Gesamtmitgliedszahl von mehr als sieben Millionen besitzen.

Die nächste Sitzung der Exekutive findet gleichzeitig mit dem Internationalen Gewerkschaftskongress Anfang Juni in Wien statt.

Der Vorsitzende Vandervelde schloß die Beratungen mit dem herzlichsten Dank für die Luxemburger Genossen, die die technischen Vorbereitungen der Konferenz in vorzüglichster Weise getroffen hatten.

Internationale Solidarität

Finanzielle Unterstützung der deutschen Gewerkschaften.

Die von der Gewerkschafts-Internationale ins Werk gesetzte Sammlung zur Unterstützung der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat nach Mitteilungen des Stockholmer „Socialdemokraten“ bis zum 18. Januar insgesamt 150 000 Dollar ergeben. An der Sammlung haben sich 24 Länder beteiligt. Außerdem haben die Gewerkschaftsinternationale und eine Anzahl internationaler Berufsverbände größere oder kleinere Beiträge beigetragen. Die Gewerkschaftsinternationale hat allein 10 000 Gulden bewilligt. Die schwedischen Parteien und die Gewerkschaften dieses Landes haben zu den gesammelten Mitteln allein 140 000 Kronen beigetragen. Die Partei hat aus eigenen Mitteln 50 000 Kr. bewilligt, die früher der deutschen Partei überhandt wurden, und durch eine Einzahlung, die bis zum 31. Januar insgesamt 18 000 Kronen einbrachte, 20 000 Kronen bereits nach Deutschland geschickt. Die Sammlung geht weiter. Man erwartet noch einen bedeutenden Zufluss zu den bereits eingegangenen Mitteln. Eine weitere Sendung von 25 000 Kr. dürfte in diesen Tagen abgehen.

Der Gillerprozeß hinter verschlossenen Türen.

Die gestrige Sitzung konnte erst um 10 1/2 Uhr eröffnet werden, da nach Mitteilung des Gerichtsvorstehenden General Ludendorff bei der Fahrt zum Gerichtsgebäude eine Autopanne erlitten hatte. Der militärische Führer des deutschen Kampfbundes, Oberleutnant a. D. Kriebel machte teils in öffentlicher, teils in geschlossener Sitzung über seine Tätigkeit und über seine Beweggründe eingehende Ausführungen. Er behauptete, daß die Einwohnerwehren nicht auf Veranlassung Kriebels entstanden, sondern von verschiedenen Männern unter Führung Giller's geschaffen worden seien, und daß die Schuld an dieser Auslösung einzig und allein bei Herr v. Kahr liege. Nach dieser Erkenntnis habe sich sein Verhältnis zu Kahr merklich gelockert. Er habe damals erkannt, daß er ein Mann der offenen Front sei. In Giller sei er nicht aus Grund einer Vereinfachung durch seine Reden gekommen; den eigentlichen Grund werde er später erschließen. Der Angeklagte hat dann seine weiteren Ausführungen unter Auslösung der Öffentlichkeit machen zu dürfen. Das Gericht zog sich zu einer kurzen Beratung zurück und beschloß, die Öffentlichkeit bei den weiteren Ausführungen Kriebels anzuschließen, da sie eine Gefährdung der Staatssicherheit bedeuten würden. Hierauf wurde der Sitzungssaal geschlossen. Am Freitag wird der Angeklagte Ludendorff über sein Verhalten in den Tagen des 9. und 10. November 1923 zu rechtfertigen haben.

Die dem „Berliner“ gemeldet wird, ist es nicht unmöglich, daß das Volksgesetz von seiner ursprünglichen Absicht, nach Möglichkeit den größten Teil des Prozesses in öffentlicher Sitzung zu verhandeln, wieder abgehen wird. Es hat

vor Beginn der Verhandlung eine längere Konferenz mit dem Vorsitzenden und den Rechtsanwältigen Dr. Zuehlke und Dr. Hoff stattgefunden, in der diese Maßnahme erörtert wurde. Es scheint, als ob nicht nur innerpolitische Erwägungen dafür sein werden, ob im weiteren Verlauf des Prozesses die Öffentlichkeit wiederholt ausgeschlossen werden wird. Möglicherweise tritt dadurch eine Verkürzung der Prozedur ein, da mit dem Verzicht auf einige Zeugen zu rechnen wäre.

Eindrücke englischer Berichterstatter.

„Der ganze Prozeß nur eine Farce.“ — Ludendorffs unheilvoller Einfluß.

Der Ludendorff-Giller-Prozeß erregt in England das größte Interesse. Fast alle großen Blätter haben Sonderkorrespondenten nach München geschickt, die von dort weitläufige Berichte über den Verlauf des Prozesses senden. Eingehend werden die Sicherheitsmaßnahmen geschildert, die den Gerichtshof in eine Festung verwandelt hätten. Das alles, schreibt der Sonderkorrespondent des „Daily Telegraph“, habe außerordentlich gefährlich aus, doch würde man dabei sehr lebenswirdig behandelt. Denn der bauerliche Verzicht könne sich noch so materialistisch abgeben, er werde doch niemals seinem geistlichen Kollegen gleichkommen. Weiter meldet, daß die freundschaftliche Atmosphäre, die in der Verhandlung herrsche bemerkenswert sei. Keiner der Angeklagten scheine den Prozeß sehr ernst zu nehmen. Der „Times“-Korrespondent will den Eindruck gewonnen haben, daß die Sympathie der Zuhörer auf Seiten Giller's sei. Nach dem Korrespondenten der „Daily News“ habe Giller eine Propagandarede gehalten, die zweifellos den größten Eindruck auf die deutsche Jugend machen werde. Der Korrespondent der „Daily News“ hebt das Bündnis zwischen Ludendorff und Kriebel hervor. Als letzterer die Anken zusammengefaßt habe, habe es wie ein Vorkundschuß im Verdictal gestungen. In einem Leitartikel bemerkt „Daily News“, Ludendorff scheine bereits von der öffentlichen Meinung freigesprochen zu sein, die wohl der Ansicht ist, daß der ganze Prozeß nur eine Farce sei. Es sei etwas überraschend, daß Ludendorff seine Macht über die Gemüter behaupten konnte. Die Erklärung hierfür sei, daß er für viele Deutsche die Verkörperung ihrer Wünsche nach Freiheit und Unabhängigkeit sei. Trotzdem bilde der unheilvolle Einfluß dieses Mannes eine ständige Gefahr für das demokratische Deutschland, vielleicht sogar für den Frieden Europas.

Bankrott der Generalherrschaft in Spanien.

„Militärische Fähigkeiten reichen nicht aus.“

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt aus Madrid: Dieser Tage ist General Primo de Rivera zu der Überzeugung gelangt, daß militärische Fähigkeiten nicht ausreichen, um einen modernen Staat zu regieren. Primo de Rivera sieht jetzt ein, daß der Verzichtspolitik ein unvermeidliches Uebel ist. Der Diktator hat daher mit Zustimmung des Königs private Verhandlungen mit den verächtlichen parlamentarischen Führern eröffnet, die er selbst in die Verbannung geschickt hatte, insbesondere mit Maura und dessen konservativen Freunden. Primo de Rivera würde ihre Mitarbeit willkommen heißen und sogar geneigt sein, ihnen seinen Platz anzubieten. Die Konservativen haben auf seine Vorschläge geantwortet, daß sie unter nachstehenden Bedingungen ihr Amt wieder übernehmen würden: 1. Eröffnung eines Verfahrens gegen die Verantwortlichen für die spanische Verfallene in Marokko von 1921, 2. endgültige Regelung des marokkanischen Problems. In den maßgebenden Madrider Kreisen neigt man zu einer sehr vorsichtigen Auffassung der Dinge.

Ein Bismarck als Reichstagskandidat.

Die Deutsche Volkspartei hat in dem Wahlkreis Weser-Ems den Enkel des Reichskanzlers Fürst Otto v. Bismarck als Spitzenkandidat zum Reichstag aufgestellt. In gleichen Wahlkreise kandidierte bisher der deutschvölkische Abgeordnete Major a. D. v. Penning für die Deutschnationalen. Er wird jetzt die Spitzenkandidatur für seine Partei übernehmen, so daß die Auffstellung des jungen Bismarcks nichts anderes ist als ein Versuch, sich die deutschvölkische Konkurrenz vom Tische zu halten. Bismarck ist erst 27 Jahre alt und politisch ein ganz unbedeutendes Blatt. Seine Kandidatur erfolgte also nicht wegen irgendwelcher politischer und geistlicher Führereigenschaften, sondern ausschließlich aus Verehrung auf die Verehrung, deren sich der Name Bismarck in weiten Kreisen der kritiklosen deutschen Bourgeoisie heute noch erfreut.

Ein Romankapitel mit Druckfehlern.

Von Carl Gillingen.

Der Schatzkammer am Meer.

Was aber, so mich die der geistliche Sekretärin über lange gefragt haben, in irgendwas aus Grollen. Der Schatz der Großmutter, und dann gewissermaßen. Sie wissen, nach haben sie sich nicht gefügt, so sehr auch sein Hund nach dem ihren begehrt, so mußte sie sich auch durch das Hund gegenwärtiger Dinge verhalten. War an sie doch der Kunde, sie war kein Edel, kein Adel, mit einem Worte: er war ein armer Mann. Aber es ihr reicher Vater hat in dem armen Mädchen nicht den armen Mädchen Schmeichelei, nicht armen Mädchen nicht mehr, nicht mehr, das Mann auch in der kleinen Welt für ein Mädchen ist. Man hat es nicht erachtet, von einem Manne, der jeden Schritt auf die hohe Welt legt.

Der geistliche Sekretärin wurde mit mir einem Blick in den Hinterhof des gewöhnlichen Schatzkammer. Der dem Schatzkammer der Grollen auf dem Hinterhof und sah, daß er nicht mehr der Grollen war. In der Hand des armen Mannes sah er ein Buch. Das Buch war ein Buch, das er nicht erachtet, von einem Manne, der jeden Schritt auf die hohe Welt legt.

Was er noch eine Mutter hat.

Die Mutter hat ein Kind.

Aber noch andere Gedanken gingen ihr im Kopf herum. Gedanken an ihn, der ihre Mutter umarmt, an seinen Arm, der noch immer durchs Leben in ihr Leben hinein wie ein Kind. Das Kind, das sie nicht mehr hat, das sie nicht mehr hat. Das Kind, das sie nicht mehr hat, das sie nicht mehr hat.

Ein Blick an die Hand. Der Blick an die unheimliche Hand.

Was er noch eine Mutter hat.

Die Mutter hat ein Kind.

Aber noch andere Gedanken gingen ihr im Kopf herum.

Gedanken an ihn, der ihre Mutter umarmt.

An seinen Arm, der noch immer durchs Leben in ihr Leben hinein wie ein Kind.

Das Kind, das sie nicht mehr hat, das sie nicht mehr hat.

Das Kind, das sie nicht mehr hat, das sie nicht mehr hat.

Das Kind, das sie nicht mehr hat, das sie nicht mehr hat.

Gezeiten fiel ein Bein vom Herzen.

„Nun ist alles gut!“ wiederholte Luna, veranlaßt die Hände reichend. „Sich nicht erst die Sinnlosigkeit wiederholen.“ Grollen, daß nur da meines Lebens Lohne ist, meines Lebens Lohne! Grollen, daß nur da meines Lebens Lohne ist, meines Lebens Lohne!

„Aber mein Vater, o Grollen?“ lachte Grollen, noch immer unheimlich lachend.

„Wird da dich nicht von ihm ins Reich nehmen lassen?“ fragte Grollen, die Hände reichend. „Ich reise nicht alle Augen auf, reise die Jahre zusammen, vertraue deinem Mann, einem Mann ohne Angst und Wahn!“ Jede Stunde, die ich dich in den Armen halte, wird mir zum Festtag! Das heißt, ich dich in den Armen halte, wird mir zum Festtag! Das heißt, ich dich in den Armen halte, wird mir zum Festtag!

„Du bist nicht mehr unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich!

„Du bist nicht mehr unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich!

„Du bist nicht mehr unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich!

„Du bist nicht mehr unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich!

„Du bist nicht mehr unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich!

„Du bist nicht mehr unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich!

„Du bist nicht mehr unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich!

„Du bist nicht mehr unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich!

„Du bist nicht mehr unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich! „Du bist unheimlich!“ Du bist unheimlich!

Neue Theaterintendanten.

Zum Intendanten des Mannheimer Nationaltheaters wurde Francesco Stoll einstimmig auf drei Jahre gewählt. Stoll war bisher Intendant des Stadttheaters in Aachen und war zum Intendanten des Landestheaters in Didenburga gewählt worden. Dieser Vertrag wurde in gutlichem Einvernehmen wieder gelöst. Intendant Stoll wird das Mannheimer Amt voraussichtlich im Laufe dieses Frühjahrs antreten. Georg Daxmann, der frühere Intendant des Deutschen Opernhauses, ist von der Stadt Kiel zum Intendanten der Vereinigten kaiserlichen Theater Kiels gewählt worden. Daxmann wird vermutlich noch im Laufe der Spielzeit nach Kiel überföhren.

Geschäftsstelle durch Radio.

Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, hat bereits damit angefangen, die Post zu vernichten. Ein Fernkommunikations-Kongress hat 100 Dollar und für 400 Dollar kann man eine ganze Stunde lang insieren. Auch bei uns werden vielleicht schon einige Aklamedes an ihren Schreibtischen sitzen und ein „Radio-Referat“ entwerfen. Nun ist ja allerdings die drahtlose Telefonie letzten Endes nicht dazu erfunden worden, um für Handel und Industrie propagandistische Zwecke zu erwerben und sobald der Reiz der Neuheit verfliegen ist, wird es kaum noch viele Leute geben, die sich täglich Geschäftsempfehlungen im Radioverkehr anhören werden.

Orchester in Hamburg.

Die Besucher der Hambur- oder Operntheater erleben kürzlich eine unangenehme Überraschung. Die Orchester spielten nämlich nicht, weil sie höhere Gagen verlangten, die man sie nicht zahlen will. Die Kapellmeister erklärten sich mit den Musikern solidarisch.

„Stierkampf-Dämmerung“ in Spanien.

Die als Volksbelustigung in Spanien heimischen Stierkämpfe sind offensichtlich in der Abnahme begriffen. Während es im Jahre 1915 in Spanien noch 600 stierkämpfe Stierkämpfe gab, sind in der Saison 1919 nur mehr 400 und im Jahre 1923 nur nur 200 Stierkämpfe veranstaltet worden. Eine der wichtigsten Ursachen der Stierkampf-Dämmerung dürfte wohl die sein, daß der Sport den Stierkämpfern immer mehr Einhalt gebietet. Ferner wurde festgestellt, daß der spanische Torero (Stierkämpfer) von einigen spanischen Volkshelden zum Stierkämpfer sehr befehligt. Der Versuch, außerhalb Spaniens Stierkämpfe zu veranstalten, wird von spanisch-nationalen Standpunkt aus ebenfalls als Niedertrug angesehen, da die Stierkämpfe in Amerika, Italien, Frankreich, Rußland und Südamerika nicht den Charakter erster Gassenkämpfe haben.

Die neue Beamtenbesoldungsordnung vor dem Volkstage.

Keine Neubesezung erledigter Beamtenstellen. Weitere Aussprache über die Wohnungsnot.

Nach langem Hin und Her hat die neue Beamtenbesoldungsordnung nun doch in Form einer Gesetzesvorlage den Volkstag erreicht. Sie kam in der gestrigen Volksstimmung zur Verhandlung. Dabei gab der Abg. Bürgerle (Dnall.) für sämtliche bürgerlichen Parteien eine Erklärung ab, daß eine schnelle Berücksichtigung der Vorlage geboten sei. Da auch die Beamtenvertretung mit ihr einverstanden sei, würden die bürgerlichen Parteien bei der 1. Lesung auf eine Stellungnahme verzichten.

Die schnelle Verabschiedung der Vorlage befürwortete auch Abg. Gen. Nahn, dennoch sei die Sozialdemokratische Fraktion der Ansicht, daß schon bei der ersten Beratung der Vorlage auf ihre Fehler und Mängel hingewiesen werden müsse. Es könne festgestellt werden, daß den unteren und einem Teil der mittleren Beamten nur ganz geringe Gehaltsaufbesserungen zugebilligt worden seien, während für die Herren Akademiker ausgiebig gesorgt worden sei. Z. B. solle die monatliche Zulage betragen: In Gruppe III 13-18 Gulden bis zur Gruppe VI 56 Gulden, in Gruppe VIII: 105 Gulden, in Gruppe IX 138 Gulden, in Gruppe X 177 Gulden, in Gruppe XI 221 Gulden, in Gruppe XII 255 Gulden, in Gruppe XIII 321 Gulden. Ganz besonders wandte sich Abg. Gen. Nahn dagegen, daß die jungen freischaffenden Regierungs- und Oberregierungsräte Monatsgehälter bekommen von 900-1100 Gulden, während diesen Beamten, die den größten Teil der Arbeit leisten müssen, monatlich 900 Gulden erhalten. Gen. Nahn vertrat die Ansicht, daß der Freistaat mit der Hälfte der Beamten auskommen könne. Das Ziel müsse sein, wenige, tüchtige und gutbesoldete Beamten. Mit dem Antrag, an die Beamten sofort Zuschüsse in Höhe eines halben Monatsgehalts zu zahlen, sei selbstverständlich auch die Sozialdemokratische Fraktion einverstanden. Aus politischem Reinlichkeitssgefühl hätte sie es jedoch abgelehnt, gemeinsam mit den Deutschsozialen einen Antrag zu unterschreiben. Die Vorschlagsstellungen könnten aber leicht zu einer Schlußdemirierung der unteren Beamten führen, was durch Bewilligung einer Wirtschaftsbefristung an diese Kreise verhütet werden müsse. Im Ausschuss werde die Sozialdemokratische Fraktion dafür eintreten, daß die Gehälter der unteren Gruppen aufgeschwemmt, die Gehälter der höchsten Gruppen dagegen gekürzt werden. Im gleichen Sinne bewegten sich auch die Ausführungen des Abg. Naube (K.).

Abg. Dr. Cypich fühlte sich veranlaßt, die höheren Beamten in Schutz zu nehmen. Den unteren Beamten seien die Friedenssätze und darüber hinaus bewilligt worden, den höheren Beamten jedoch nicht. Eine weitere Heraushebung der unteren Beamtengehälter sei nur möglich, wenn der Senat die zur Beamtenbesoldung erforderliche Gesamtsumme erhöhen werde. Redner empfahl eine Verbesserung der sozialen Zulagen.

Vizepräsident Dr. Pichm erklärte, daß dem Senat weitere Mittel für die Beamtenbesoldung nicht zur Verfügung ständen. Um eine tüchtige Beamtenschaft zu haben, müßten unterschiedliche Gehälter gezahlt werden. Die Beamtenbesoldungsvorlage wurde sodann ohne weitere Aussprache einstimmig dem Hauptauschuss überwiesen. Einstimmig wurde auch der Antrag angenommen, an die Beamten ein halbes Monatsgehalt als Voranschuss auszuzahlen, nachdem auf eine Anfrage des Abg. Gen. Nahn ein Vertreter des Senats die Erklärung abgegeben hatte, daß die Auszahlung sofort erfolgen könne. Beschlossen wurde ferner, daß auch die behördlichen Angehörigen diesen Voranschuss erhalten sollen.

Die Nichtbesetzung freierwerdender Beamtenstellen

forderte ein sozialdemokratischer Antrag, der vom Abg. Gen. Dr. Kamnitzer begründet wurde. Der Antrag bezwecke, den Senat zu zwingen, dem Willen der Mehrheit des Hauses nach einer allgemeinen Verwaltungsreform Rechnung zu tragen. Dem Volkstag werde durch die Annahme des Antrages erleichtert, bei der Staatsberatung erledigte Stellen zu freieren. Nachdem das Zentrum sich mit dieser Forderung einverstanden erklärt hatten, wurde der sozialdemokratische Antrag einstimmig angenommen.

Die Behebung der Wohnungsnot.

Alsdann wurde die Debatte über die Behebung der Wohnungsnot fortgesetzt. Als erster Redner sprach der deutschnationaler Abg. Eichholz: Eine Behebung der Bauaktivität sei durchaus möglich. Baugelände, Baustoffe und Arbeitskräfte seien vorhanden, Schwierigkeiten mache nur die Geldbeschaffung. Dazu müßten Industrie, Handel, Hausbesitzer und Mieter herangezogen werden. Mit der Forderung der Deutsch-Danziger Partei auf Abbau der Wohnungszwangswirtschaft erklärte sich Redner im allgemeinen einverstanden. Abg. Wroczkowski (Piteler-P.) kritisierte die unbedingten Leistungen des Bauunternehmers Dr. Leske: „An der Kurve“ habe er nur Vauräte angeheißelt. Die Wohnungsbauabgabe sei die unsozialste Steuer, die je erhoben werden solle. Der Senat solle endlich erklären, wann und wo er Kleinwohnungen bauen wolle. Abg. Dr. Cypich (Abt.) war der einzige Redner, der mit dem Erlaß der bisherigen Bauaktivität zufrieden war. Kapital zum Wohnungsbau könne aufgebracht werden, ohne neue Steuern zu erheben. Die finanzielle Krise könne gelöst werden, durch eine Zwangsanleihe. Nach Art der Reichsanleihe könnten die besitzlosen Personen, die eine unter Zwangswirtschaft stehende Wohnung innehaben, verpflichtet werden, sich zu einer Zwangsanleihe zusammenzuschließen, an die monatlich ein Prozentsatz der Friedensmiete abzuführen ist. Ein Abbau der Wohnungszwangswirtschaft würde zu unhaltbaren Zuständen führen.

Sozialdemokratische Vorschläge.

Abg. Gen. Jooßen beruhte, daß nach Beendigung der Frostperiode ein großzügiges Bauprogramm in Angriff genommen werden muß. Der Wohnungsbau mit Privatkapital würde zu Mieten führen die 300 bis 400 Prozent höher sind als die Friedensmieten. Privatkapital werde zum Wohnungsbau kaum erhältlich sein. Nicht die Wohnungszwangswirtschaft, sondern die hohen Zinssätze sind schuld an dem Wohnungsbeland. Da die bisherigen Verträge, die Wohnungsnot zu beseitigen, zu keinem befriedigenden Erlaß geführt hätten, müßten jetzt andere Wege gefunden werden, um zum Ziel zu gelangen.

Mit der 50prozentigen Friedensmiete seien die meisten Hausbesitzer besser gestellt als wie im Frieden. Deshalb müßten die restlichen 50 Prozent der Miete nicht dem Hausbesitzer zufließen, sondern der Allgemeinheit zum Bau von Wohnungen nutzbar gemacht werden. Im Jahre 1914 habe der Gesamttrag der Mieten etwa 20 Millionen Mark betragen — etwa 26 Millionen Gulden. Wenn man 50 Prozent davon für Bauzwecke verwenden würde, abzüglich 3 Millionen Gulden der Miete der Minderbemittelten, bliebe ein Rest von 10 Millionen Gulden. Für diesen Betrag lassen sich jährlich 1000 Wohnungen herstellen, da die Herstellung einer Wohnung etwa 10 000 Gulden erfordert. Im zweiten Jahre könnte schon aus den Mieten der so erbauten Wohnungen etwa 45-50 Wohnungen erbaut werden. Aber dann wäre erst in etwa 7 Jahren die Wohnungsnot beseitigt. Des-

halb ist es notwendig, das Bauprogramm von Jahr zu Jahr zu steigern. Die Anpassung der Gehälter an die erhöhten Ausgaben sei von Industrie, Handel und Gewerbe durchaus möglich. Die aufgebracht Gelder würden zweckmäßig von einer öffentlichen Körperschaft verwaltet. Mit dem System der Wohnungszuschüsse müsse unbedingt getrocknet werden. Die Gelder dürfen nur in Form von Hypotheken Verwendung finden. In ein paar Jahren könne man die Not nicht beheben, aber ein großzügiges Bauprogramm, das sich über einen Zeitraum von 10-15 Jahren erstreckt, bietet die Gewähr dafür, daß die Sünden auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft wieder gut gemacht werden können. Auch der folgenden Generation werde dies zum Segen gereichen.

Nachdem dann sich der deutschsoziale Abg. Bergmann gegen eine weitere Heraushebung der Miete gewandt hat, verlagte sich das Haus in Betracht der vorgerückten Stunde auf heute nachmittags 3 1/2 Uhr.

Die Auflösung der Gutsbezirke.

Endlich ein Gesetzesentwurf des Senats.

In der schon mehrfach im Volkstag behandelten Angelegenheit der Auflösung der Gutsbezirke legt der Senat jetzt endlich einen Gesetzesentwurf vor. Danach soll der § 2 Ziffer 3 der Landgemeindeförderung aufgehoben und folgende neue Bestimmungen an seine Stelle treten: a) Landgemeinden und Gutsbezirke können mit anderen Gemeinden und Gutsbezirken nach Anhörung der beteiligten Gemeinden und Gutsbesitzer, sowie des Kreisaußschusses durch den Beschluß des Senats vereinigt werden, wenn die beteiligten Gutsbesitzer und Landgemeinden hiermit einverstanden sind. b) Gutsbezirke können durch Beschluß des Senats nach Anhörung der beteiligten Gutsbesitzer sowie des Kreisaußschusses in Landgemeinden umgewandelt werden, wenn die beteiligten Gutsbesitzer hiermit einverstanden sind. c) Zur Stellung des Antrages auf Umwandlung von Gutsbezirken in Landgemeinden oder auf Vereinigung von Gutsbezirken mit Landgemeinden sind auch die Einwohner der Gutsbezirke berechtigt. Der Antrag muß von mindestens der Hälfte der Gutsbesitzer, bei denen die Voraussetzungen des Gemeindegliederes vorliegen, gestellt sein. d) Wenn das gemäß Ziffer a, b erforderliche Einverständnis nicht zu erzielen ist, oder die beteiligten Gutsbesitzer bzw. Landgemeinden dem gem. Ziffer c gestellten Antrag widersprechen, so ist die erforderliche Zustimmung, sofern das öffentliche Interesse dies erfordert, im Beschlußverfahren durch den Kreisaußschuß zu ersehen.

In der Begründung der Vorlage führt der Senat an, daß diese neuen Bestimmungen außer in den bisher schon in der Landgemeindeförderung vorgesehenen Fällen eine Vereinigung von Gutsbezirken mit Landgemeinden und Umwandlung von Gutsbezirken in Landgemeinden auch dann gestatten, wenn die Hälfte der Gutsbesitzer, bei denen die Voraussetzungen des Gemeindegliederes vorliegen, es beantragt und die beteiligten Gutsbesitzer und Landgemeinden hiermit einverstanden sind. Der Gesetzesentwurf geht hierdurch den Gutsbesitzern die Möglichkeit, im öffentlichen Interesse an den kommunalen Angelegenheiten mitzuwirken. Erfolge das Einverständnis der Beteiligten nicht, so bestehe die Möglichkeit, die fehlende Zustimmung der Beteiligten durch den Kreisaußschuß zu ersehen, sofern das öffentliche Interesse es erfordert. Der Entwurf stehe auf dem Standpunkt, daß die Umgestaltung des Begriffs „öffentliches Interesse“, wie sie in der Landgemeindeförderung § 2 Ziffer 3 vorgegeben ist, zu eng ist. Er sehe davon ab, den Begriff des öffentlichen Interesses zu definieren und will vielmehr die Entscheidung, ob die Umgestaltung dem öffentlichen Interesse entspricht, der Prüfung jedes einzelnen Falles überlassen.

Der Mangel dieser gesetzlichen Regelung liegt darin, daß sie die Auflösung von Gutsbezirken abhänig machen will, während eine generelle Auflösung aller Gutsbezirke dringend notwendig ist. Sowohl Gutsbesitzer wie auch Kreisaußschüsse dürften durchaus nicht die kompetenten Stellen sein, denen man die Entscheidung über die Vereinigung eines vorläufigen Zustandes wohlwollend überlassen kann. Der Volkstag wird an Stelle dieser unzulässigen Bestimmungen eine allgemeine gesetzliche Auflösungsmaßnahme zu treffen haben.

Der Munitionslagerplatz auf Westerplatte.

In dem Beschlusse des Untersuchungsausschusses des Rates des Völkerbundes ist bekanntlich vorgeschlagen, Polen die Westerplatte für eine Niederlage für vollkommene durch Danzija durchzuführen. Eine dringende Frage im Volkstag will vom Senat wissen, welche Schritte der Senat unternommen, und welche Schritte er zu tun gedenkt, um die fürchterliche Gefahr von Danzija abzuwenden. Daß ein detaillierter Munitionslagerplatz im Gebiete der freien Stadt Danzija eingerichtet wird, der geeignet ist, Leben und Gesundheit der Einwohner und die wirtschaftliche Wohlfahrt der freien Stadt zu vernichten.

Danzija und die preussische Klassenlotterie.

Auf die kleine Anfrage betr. Einstellung der preussischen Klassenlotterie im Freistaat hat der Senat jetzt folgende geantwortet: „Der einzige Grund, aus welchem der Weitervertrieb der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie im Gebiet der freien Stadt Danzija verboten worden ist, liegt darin, daß es trotz mehrjähriger Verhandlungen nicht möglich gewesen ist, zu Gunsten der Finanzen der freien Stadt Danzija eine ausreichende Beteiligung am Reinertrage dieser Lotterie zu erreichen. Ohne ein Verbot würde die Gefahr bestanden haben, daß wiederum, wie in den letzten drei Jahren, die freie Stadt Danzija aus den auf Kosten der Danziger Volkswirtschaft und der Danziger Zahlungsbilanz gezielten Einnahmen keine oder doch jedenfalls keine ausreichenden Erträge erhalten hätte. Der Senat würde von dem ihm nach dem Warschauer Abkommen zustehenden Rechte, den Weitervertrieb der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie bis 1923 zu gestatten, in dem Augenblick Gebrauch machen, wo diese Lotterie frei vom deutschen Stempel nach Danzija geliefert werden und an ihrer Reinertrage Danzija einen angemessenen Anteil erhalten sollte.“

Dampferpaketdienst Danzig-Dänemark.

Vom 1. März 1924 an wird ein direkter Paketdienst, der sich auf den Austausch von Postpaketen mit und ohne Wertangabe bis zum Gewicht von 5 Kilogr. erstreckt, zwischen dem Freistaatgebiet und Dänemark unter Benutzung von Dampfern der dänischen Vereinigten Dampfschiff-Gesellschaft eingerichtet. Etwa einmal wöchentlich — erstmalig am 1. März — fertigt das Postamt Danzig 5 (Bahnhof) einen Paketartenwechselpostamt nach Kopenhagen, das als dänische Auswechslungspostamt gilt. Auf dem neuen Verkehrswege können auch Postpakete über Dänemark nach Schweden und zwar nach Finland, Frankreich, Groß-

britannien und Irland, Island, Norwegen und Schweden befördert werden. Die Dampfer der Vereinigten Dampfschiffahrt-Gesellschaft werden in der Richtung von Danzig nach Kopenhagen voraussichtlich wie folgt verkehren: im Monat März am 1., 11., 15., 21. und 29. Im Monat April am 5., 12. und 26. Im Monat Mai am 8., 10., 17. und 24. Im Monat Juni am 1., 14., 21. und 28. Schlußzeit für den Paketartenwechsel nach Kopenhagen beim P. M. Danzig 5 (Bahnhof) am Abgangstage des Dampfers um 8.30 Uhr vormittags. Ueber die Gebühren, die niedriger sind, als die der bisherigen Beförderungswege, und die sonstigen Beförderungsbedingungen, erteilen die Postanstalten Auskunft.

Die einmalige Beihilfe für Erwerbslose.

Der Ausschuss für soziale Angelegenheiten empfiehlt dem Volkstage folgenden Gesetzesentwurf zuzustimmen:

§ 1. Die verheirateten Erwerbslosen, die am 1. März während des vorhergehenden Monats ununterbrochen Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, erhalten eine einmalige Wirtschaftsbefristung von 25 Gulden. Für jedes verjüngungsberechtigte Kind wird ein Zuschlag von 5 Gulden gewährt. Als Verheiratete sind auch solche unverheiratete Erwerbslose gleichzuachten, die als Ernährer eines Familienmitgliedes anzusehen sind (Mutter, Eltern, Großeltern, Onkel). Zur Erlangung dieser Unterstützung ist Vorbedingung, daß der Erwerbslose mit dem Ernährer in einem Haushalt leben.

§ 2. Die Deckung erfolgt aus den in den letzten Monaten eingegangenen Mehreinnahmen bei der Zollverwaltung infolge der Erhöhung der Zölle.

§ 3. Besondere Ausführungsbestimmungen ergeben durch den Senat.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Bekanntlich lag dem Volkstag der Antrag vor, allen Erwerbslosen, auch solche, die bisher nicht unterstützt wurden, eine einmalige Wirtschaftsbefristung von 40-50 Gulden zu bewilligen. Die erforderlichen Mittel sollten durch eine einmalige Umlage aller Vermögenssteuerzahler des Freistaates, welche mehr als 30 000 Gulden Vermögen aufweisen, aufgebracht werden. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich nur zu den eingangs erwähnten Beihilfen verstehen können. Danach sollen unverheiratete unterstützte Erwerbslose ausgedehnt werden. Ganz besonders hart ist es aber, daß diejenigen Erwerbslosen, die keinerlei Unterstützung erhalten, auch von der Wirtschaftsbefristung ausgeschlossen werden sollen, denn dem größten Teil der Arbeitslosen wird die Unterstützung oft unter nichtigen Vorwänden verweigert. Der Antrag kommt bereits heute nachmittags im Volkstag zur Verhandlung.

Lohnbewegung der Eisenbahner.

Die Eisenbahner erwarten angesichts der kolossalen Preissteigerung aller Bedarfsartikel eine Erhöhung ihrer Bezüge.

Die Spitzenorganisationen (D. E. B. u. G. d. E. u. St.) sind daher übereingekommen, unter dem 26. Februar 1924 die Verwaltungen folgende Forderungen zu unterbreiten: In Lohngruppe 1 eine Stundenlohnerhöhung von 14 Pfa., die in den Gruppen 2 bis 7 einschließlich gemäß dem Schiedspruch der Schlichtungsstelle vom 28. Juni 1923 zu stellen sind.

Die bisherigen sozialen Zulagen werden den jetzt bestehenden Zulagen der Beamten gleichgestellt.

Die Verabschiedung der Abgeordnetenzahl des Volkstages

ist vom Hauptauschuss des Volkstages mit allen gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt worden. Die Sozialdemokratie wäre für eine Verkürzung der Abgeordnetenzahl zu haben gewesen, wenn damit auch eine Verringerung des übergroßen Senats verbunden würde. Das lehnten jedoch die bürgerlichen Parteien, allen voran die Deutschnationalen, entschieden ab.

Größere Ruderdiebstähle.

Der Arbeiter Willi Naack aus Langfuhr, der bereits eine 10jährige Zuchthausstrafe verbüßt, hatte sich mit andern Personen zu Raubdiebstählen verbunden. Bei einem Einbruch in eine Fabrik wurden 4 Kisten Tee gestohlen. Auf dem Güterbahnhof Saldz wurde ein Eisenbahnwagen erbrochen und 16 Zentner Zucker wurden herausgeholt. Bei dieser Tat will Naack nicht mitgewirkt haben. Auf dem Güterbahnhof Saldz wurde ein Eisenbahnwagen erbrochen und 14 Zentner Zucker wurden entwendet. In zwei weiteren Fällen wurden in gleicher Weise 6 und 8 Zentner gestohlen. Die andern Diebe sind bereits bestraft. Naack wurde nur wegen der ausgehenden Diebstähle in vier Fällen zu 2 Jahren Zuchthaus, 4 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht verurteilt.

Zusammenschluß der Arbeiter-Stenographen.

In Verfolg des gezeichneten Zieles, die auf freibeständiger Grundlage stehende Angestellten- und Arbeiterstenschaft, die sich der Stenographie als Nützling in beruflichen und außerberuflichen schriftlichen Arbeiten bedient, enger zusammenzufassen, und diejenigen, die den großen Nutzen der Kurzschrift noch nicht erkannt haben, ebenfalls auszubilden, wurde im Oktober v. J. der Allgemeine Arbeiter-Stenographenbund (Internationales) gegründet, dem sich bisher eine Anzahl von Ortsgruppen (Gabelsbörger und Stolze-Schren) angeschlossen haben. Der Bund will jedes System lehren und propagieren, so daß alle bestehenden Systeme Aufnahme finden, und sowohl geschlossene Vereine, wie auch Einzelpersonen die Bundesmitgliedschaft erwerben können. Voreerst gibt der Bund ein Mitteilungsblatt heraus, das zunächst in den Zentren Gabelsbörger, Stolze-Schren und Scheithauer am 1. jeden Monats erscheint. Alle Partei- und Gewerkschaftsangehörigen, welche sich für die stenographische Sache interessieren und bereit sind, Ortsgruppen zu gründen, oder als Mitarbeiter betreten wollen, können sich zwecks näherer Auskunft wenden an den Allgemeinen Arbeiter-Stenographenbund (Internationales), Zentrale: Petzaja, Volkshaus.

Polizeibericht vom 29. Februar 1924.

Verhaftet: 21 Personen, darunter: 4 wegen Diebstahls, 2 wegen Körperverletzung, 2 zur Festnahme aufgegeben, 5 in Polizeifast, 3 Personen obdachlos.

Mogkaff.

Erschossen hat sich der Hofbesitzer Maxdam in Neuenhufen. Der Grund zu der Tat ist unbekannt.

Staubesamt vom 29. Februar 1924.

Todesfälle: Arbeiter Josef Gogac, 69 J. 10 M. — Postbesitzer Bruno Amdjinski, 30 J. 4 M. — F. d. Eisenbahn-Speditor Cajimiro Gaclo, 7 M. — Witwe Luise Brandt geb. Spidowski, 82 J. — Besitzer Alfred Neudam, 35 J. 6 M. — Kontoristin Klara Hennig, 18 J. 2 M. — Kellner Willi Bahrendt, 33 J. 5 M. — Kriegesbeschädigter Alfred Ewert, 30 J. 10 M. — Wwe. Ida Schömann geb. Weßel, 87 J. 2 M.



Naumann-Germania-Fahrräder
für Sport und Beruf
sind die besten
stabil, leicht laufend, elegant
Alleinvertrieb durch:
Bernstein & Comp. G.m.H.
Danzig, Langgasse 50
Reparaturen billigst
Bequeme Teilzahlung
gestattet 11994

Achtung! Hausfrauen! Billig!
Freitag und Sonnabend:
Schweinefleisch . . . 0.90 - 1.00 G
Rindfleisch 0.60 - 0.80 G
Kalbfleisch 0.70 - 0.80 G
Hammelfleisch . . . 0.70 - 0.80 G
Markthalle, Stand 36,
nur im Keller.
Balda vorm. Fischer. 11215

Holzpanzern in allen Größen
gibt es billigst ab
A. Penkert, Langfuhr, Hauptstr. 9

Neuerkennung:
Bürgerkrieg
von Hermann Schühnger.
Preis 1,20 G
Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spandhaus 6 Paradiesgasse 32

Sämtl. Drucksachen
in geschmackvoller Ausführung liefert in
kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spandhaus 6. Telefon 3290

Wir suchen sofort
durchaus perfekte
kleider- u. Mäntel-
arbeiterinnen
bei dauernder Stellung.
Fahrtgeld wird vergütet.
Vorstellung v. 10-12 oder 4-6 Uhr.
Modentelier „Gansjoui“
Zoppot, Seestraße 2.

Likörfabrik Kurt Kessler, Zoppot
Verkaufsstelle Danzig, Fleischerg. 55
Billigste Bezugsquelle
für Danziger Liköre
Rum-, Cognac- und Arac-Vorschnitte, Fruchtsäfte
Weinhandlung 1278

Sonder-Angebot für Fahrräder
Neue und gebr. Damen- u. Herrenfahrräder
in riesiger Auswahl, nur beste deutsche Fabrikate
Mäntel, Schläuche 12120
sämtliche Zubehör- und Ersatzteile
verkauft außerordentlich billig. Teilzahlung gestattet
Danziger Fahrradvertrieb
Max Willer, Danzig, I. Damm 14

Sonder-Angebot
Reine Kernseife . . . Doppelriegel 24 P.
Sparkernseife Riegel 38 P.
Toiletteseifen Stück 25, 30, 45, 75 P.
Rasierseife Stück 30, 50, 75 P.
Rasierklängen Stück 15 P.
Birkenwasser Flasche 65 P.
Lawendelwasser Flasche 95 P.
Eau de Cologne Flasche 50, 90, 140 P.
Parfüm Flasche 25, 60, 100 P.
Manikurekasten 850, 1200 P.
Sellanda-Parfümerie
Passage Altes Zeughaus,
Kohlenmarkt

Grosses Lager in deutschen
Herrenstoffen
neuester Muster und Webarten.
Täglich Eingang von Neuheiten 12128
Frost & Miedtke
Tuch-Spezial-Haus
4. Damm Nr. 7. Eingang Häkergasse



Jeden Freitag — ich verschling's, —
Bringt der Bote „Lachen links“

Hier abtrennen
Unterzeichneter bestellt hiermit durch die Zeitungsträgerin die Wochenschrift
„LACHEN LINKS“
12 Seiten stark, mit vielen, zum Teil farbigen Bildern zum Preise von 35 Pfennig pro Heft.

Vor- und Zunahme
Straße und Hausnummer
Als Drucksache im Kuvert (5 P. Porto) oder der Zeitungsträgerin mit eben.

Arbeiter, Angestellte profitiert von unierem
billigen Einkaufstage!

Kolonialwaren
Schmalz, amerik. gar. rein . . . Pfd. 0.97
Kunrol, Pflanzenfett 0.80
Nucifera, 0.90
Palmin, 0.95
Margarine in Würfeln 0.82
N. dän. Tafelmargarine 1.00
Rollschinken, hochfein 1.60
Sämtliche Wurstwaren in Qualität, billigst
Abgelag. Tilsiter Käse Pfd. 0.55 - 1.30
Allerb. dän. Büchsenmilch gr. Dos. 0.66
Pelikan, Kaffeemilch III, geröst. Pfd. 1.60
" " II, " " 2.20
" " I, " " 1.80
Allerfeinst. Kakao, Pfd. 0.45, 0.65, 1.00
Zucker, gemahlen Pfd. 0.58
Amer. Hartweizengries 0.32
Burma-Reis, Vollkorn 0.30
Erbsen, gut kochend 0.18
La weiße Bohnen 0.28
Zuckerlinsen 0.26
N. Bienenhonig 1.10
Hammerselze Rgl. 0.14
Hansa-Kernseife 250 gr. 0.28
Holländ. Kernseife 0.25
Soda Pfd. 0.08
Scheuertücher, beste Qual., Stck. 1.10
Schuhputz, Urban u. Lodix . Dose 0.18
sowie sämtliche Kolonialwaren
zu äußerst billigen Preisen!

Textilwaren
Cheviot 116 cm breit, gute Qualit. 2.40 - 2.60
Baumwollstoff 75 cm breit, selbste 5.85, 6.20
Baumwoll, Volle u. Musse- 1.05
line hell u. dunkel, in schön. 1.45, 1.60, 1.75
Kunstseide 75 cm breit, in 2.60, 3.60, 5.-
reichh. Farbensortim. st. Mtr. 5.85, 6.20
Rohseide 75 cm breit, selbste 1.80 - 3.50
Zephyr nur erstklass. de.ische Ware, 1.80 - 3.50
Perkale 80 cm breit, schlarbig . . . Mtr. 1.40
Hemdentuch starkfadige Ware . . . Mtr. 1.20
Madapolain 1. Leibw. geelge. Mtr. 1.40, 1.50
Limon 55 cm br., sehr preiswert. Mtr. 1.35 - 2.65
Hemdentflanell gestr. sch. reiche 1.28, 1.40
Molton extra breit, einfarbig . . . Mtr. 1.55, 1.75
Molton gestr. u. kariert . . . Mtr. 2.15, 2.55
Cord- u. Pelzpikeebarch. 2.30 - 2.75
hervorragende Qualität . . . Mtr.
Züchen in schönen Mustern . . . Mtr. 1.30
Zwirn- u. Tuchstoffe passend für Arbeiter- 3.20
arbeit, 130 cm br., von
Haustuch 1. Monteur- u. Schlosseranzüge. Mtr. 1.55
Damenstrümpfe in schwarz und farbig
Paar 0.49, 0.53, 0.68, 1.20, 1.50, 1.85, 2.30
Herren-Socken, gr. Lager, in schwarz u.
farb, Paar 0.47, 0.53, 0.85, 1.05, 1.20, 1.65
Herren-Anzugstoffe
die neuesten modernen Farben, in allen Preislagen.
Wir bringen stets nur beste Qualitäten zu den
allerbilligsten Preisen!
Verkaufsstelle in der I. Etage d. Werkspelsehauses

Filiale I, Wertgasse 2.
Filiale II, Eisenbahnhauptwerkstätte,
Troyl, Breitenbachstraße.
Erstklassige Stück- u. Würfelkohlen per Zentner 2.60 Guld.
Zentrale Werkspeisehaus
Eingang Fuchswall
Die Filiale für die Eisenbahnbeamten wird Anfang nächster Woche in der Güterabfertigungs-
stelle Leege Tor (Eingang Thorscher Weg) eröffnet. 12117

Werden Frauen
in „Frauenwelt“
Eine Halbmonatsschrift
mit farbigem Umschlag,
vielen Bildern im Text.
Unterhaltung u. Kurzweil
und schön Kloden
den Frauen zur Lektüre!
Für 40 Pfennig besorgt das Heft
die
Buchhandlung Volkswacht
J. Gehl & Co.,
Am Spandhaus 6 Paradiesgasse 32

Anzüge,
Sommer- u. Winter-
Patelets, Raglons
verkauft enorm billig
Schwarz, 11213
III. Damm 13, 2 Tr.

Zu verkaufen:
Bettgestell mit Matratze
und ein Waschkeffel zu ver-
kaufen. (f)
Weiß, Samiebeg 85, 2.
Nähmaschinen u.
Fahrräder
kaufen Sie gut und billig
Pfaffengasse 8: (f)

1 Küchentisch
billig zu verkaufen. (f)
Höbergasse 4, 4 Tr.
Eine Sportkarre
ohne Gummi, verkauft (f)
Kraatz, Wolla 22, 2 Tr.
Anfängerin in Steno-
graphie und Schreib-
maschine
sucht Stellung.
Offert unt. 1917 a. b. Exp.
der Po. kostimme. (f)

Schneider sucht Platz zum
Arbeiten. Offerten unter
V. 1973 an die Exped. der
Po. kostimme. 1207
Wäsche
wird sauber gewaschen u.
im Freien getrocknet und
gebügelt. Röhing, Ohra,
Hauptstraße 32 (f)
Neue Böden
in Töpfe und dergl.
werden eingeseht.
Winkler,
Johannisstraße 63. (f)

Danziger Tuchhaus
31 Breitgasse 31
Neu eingetroffen:
Herrenstoffe
für Frühjahr und Sommer
gute, deutsche und englische Fabrikate
in allerneuesten Mustern und Farben
Das solide Spezialhaus
bekannt für gute Qualitäten zu allerbilligsten Preisen
31 Breitgasse 31 12099

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.
Heute, Freitag, den 29. Februar, abends 7 Uhr:
Dauerkarten Serie 5.

Der Opernball

Operette in drei Akten von Viktor Leon und
S. von Waldberg. Musik von H. Heuberger.
In Szene gesetzt von Erich Sternck.
Musikalische Leitung: Rupert Koller.
Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.
Sonnabend, 1. März, abends 7 Uhr. Vorstellung
für die „Freie Volksbühne“ (Geschlossene
Vorstellung).
Sonntag, 2. März, abends 7 Uhr. Dauerkarten
haben keine Gültigkeit. Neu einstudiert: „Othello“.
Größe Oper in 4 Akten von Verdi.

Arbeiter-Gesangverein Sängergesellschaft

Sonnabend, den 1. März 1924
bei Stegmann, Karthäuserstr. 27

Großer Maskenball

verbunden mit vielen Belustigungen
Anfang 7 Uhr

Odeon

Eden

Das fabelhaft neue Programm!
Fortsetzung des amerikanischen Großfilms:

Närrische Frauen

2. und letzter Teil.
Grosses Gesellschaftsdrama aus Monte Carlo,
dem Spielerparadies der mondänen Welt.
Der 2. Teil „Tolle Weiber“
bringt die sensationellen
Entwicklungen des Welt-
schlagers. Er übertrifft
an Handlung und Aus-
stattung den 1. Teil bei
weitem.
in den Hauptrollen:
Erich v. Stroheim - Miss du Font.
Ferner:
Der richtige Film für diese Woche
ist der große Karnevalsfilm:
**Von Rosenmontag
bis Ascherwittwoch**
(Drei Nächte der Lust und des Lobs)
Aus dem Tagebuch einer unglückl. Mutter
in 6 liebesgesehenswerten, inhaltreichen Akten.
in den Hauptrollen:
Martin Olivier, Nathalie Kowanko,
Fran Lissenko, Harr Rimsky.

Des zu erwartenden Andranges wegen
bitte wir im eigenen Interesse mög-
lichst von dem Besuch der 4-Uhr-
Nachmittagsvorstellungen.

LICHT-SPIELE

Am Hauptbahnhof.

Vom 29. Februar bis 6. März 1924:

Der größte und schönste Zirkusfilm der Saison!

Der Sprung ins Leben

Der Roman eines Zirkuskindes in 5 Akten.

Mitwirkende:

Xenia Daxni — Paul Heidemann
Walter Rilla u. a. m.

Ferner:

Fix und Fax und der Geldteufel

Groteske in 2 Akten, und

MIMIKRY

Naturaufnahme in 1 Akt.

Vorführung 4, 6 und 8 Uhr.

12122

Zentral-Theater

Langgasse 17 & Formpacherstr. 102

Ab heute, Freitag, 4 Uhr

Der größte Publikums-Erfolg
der Gegenwart:

Graf Cohn

6 Akte nach dem meistgelenkten Roman von
Paul Langenscheidt

Besuchen Sie bitte die
4-Uhr-Vorstellung

Billiger Verkauf!

Herren-Anzüge, Paletots,
gestreifte Hosen und
Herrenartikel

kaufen Sie billigst in
Braun's Konfektions-Haus
Vorstadt, Graben Nr. 15,
Ecke Fleischgasse.

UFA-LICHTSPIELE

im Wilhelm-Theater

Vom 29. Februar bis 6. März

Das interessante Kriminal-Drama:

„Der Fall Gregory“

findet im

II. Teil: „Die Sühne“

in 6 außerordentlich packenden Akten
seiner Aufklärung.

In reichhaltigen unterhaltenden Beiprogramm:

„Chaplin faßt 'ne falsche Braut“

1 Akt

„Fix und Fax und die lahme Pauline“

2 Akte

Zur Beachtung!

Wir machen darauf aufmerksam, daß der
Film auch für diejenigen Besucher, die den
I. Teil nicht gesehen haben, durch ein Vor-
spiel verständlich ist.

Unser drittes billiges Angebot

Haushaltwaren

Esslöffel u. Gabeln Aluminium	0.30
Holzlöffel	0.45, 0.35
Tortenheber vernickelt	3.50, 2.75
Messerputzbretter	0.85, 0.75
Schneertücher	0.95
Teppichklopfer Rohr	2.95, 1.95
Eimer verzinkt	3.50, 2.70

Glaswaren

Glasteller gepreßt	0.45, 0.30
Glasschalen gepreßt	0.60, 0.50, 0.35
Kuchenteller gepreßt	1.75, 1.30
Butterdosen gepreßt	1.10, 0.95
Likörgläser gepreßt	0.45, 0.35
Wassergläser gepreßt	0.35, 0.25
Bierbecher glatt	0.50, 0.35
Großgläser gepreßt	0.48, 0.38

Porzellan

Beserteller glatt, weiß	0.50, 0.35
Flache Teller glatt, weiß	0.65, 0.48
Untertassen glatt, weiß	0.20
Obertassen glatt, weiß	0.35, 0.25
Obertassen mit Goldrand	0.45
Mokkatasen mit Goldrand	0.45
Milchtöpfe glatt, weiß	0.25, 0.10
Zuckerlösen glatt, weiß	0.45

Großes Lager aller Haushaltwaren

zu billigen Preisen.

Durchgehend geöffnet von 8-6 Uhr.

Baßler & Co.

Schmiedegasse 23-24

Telephon 2874.

12112

Ganz besonders

aufmerksam

daß mein langjähriges Geschäft allge-
mein bekannt ist für

reell, gut und billig!

Einige Beispiele:

Herren-Anzüge gute Stoffe, verschiedene Farben	18 G
Baus-Anzüge gute Qualität, prima Schnitt	22 G
Anzüge moderne, beste Stoffe	28 G
Eleg. Anzüge in hell und dunkel, Ersatz für Maß	35 G an
Barchen- und Einweg- Anzüge in hell und dunkel	16 G an
Sammet- u. Seiden-Mäntel gute mod. Stoffe u. Verarbeitung	33 G an
Cord-, Barchen-, Manchester-, Stell- und Arbeits-Hosen in allen Preislagen	
Neue Schürzenjacken	4.30 G

Teilzahlung mit beschränkter An-
zahlung

STEIN'S

Konfektions-
Haus 21 Märzstr. 21

Achten Sie bitte genau auf
Namen und Hausnummer

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

Publappen

kauft jedes Quantum

Danziger Volksstimme.

Rechnungsbücher!

2 große, 1 kl. Zettel, Bücher,
Einfach, Doppelt (Mittels-
buch), geg. 3 od. 4 Zettel
eingetragen. In eleganten
Broschur.
Preis 1.50, 2.00, 2.50, 3.00.